

Der Hass darf nicht dazugehören

Von Anetta Kahane

Es scheint, als habe die Pandemie die Hassgesellschaft befeuert. Ob es daran liegt, dass die Leute mehr Zeit als früher vor ihren Bildschirmen verbringen oder gelangweilt aggressiv mit der anstrengenden Situation von Lockdown und Beschränkungen umgehen, werden wir sicher irgendwann in Studien erfahren. Fakt ist aber, dass Hass als Rhetorik und als Instrument, vermeintliche Gegner fertigzumachen, zugenommen hat. Inzwischen gibt es rechtsextreme, misogynen und rassistischen Hassgruppen, die es sich zu ihrem Programm gemacht haben, ganz bestimmte Menschen zu doxxen, zu bedrohen und systematisch zu verfolgen. Und das nicht nur online. Gerade ist wieder ein Fall bekannt geworden. Die Schwarze Aktivistin Jasmina Kuhnke wurde belagert, rassistisch bedroht, ihr und ihren Kindern wurde aufgelauert - ein angstmachender Nervenkrieg gegen die Familie. Sie musste aus ihrer Wohnung fliehen und schließlich überstürzt umziehen. Initiativen, Künstler und Freunde haben daraufhin zu einer Spendenaktion aufgerufen, um die erheblichen Kosten zu überbrücken, die Jasmina Kuhnke entstanden sind. Doch bald ging die Aktion über den Fall hinaus. Es ist ein Fonds entstanden, der gerade mutigen Frauen helfen soll, die sich laut gegen Rechtsextremismus engagieren und in Folge dessen angegriffen werden. Es sind so viele Spenden eingegangen, dass Jasmina Kuhnkes Kosten bezahlt werden konnten und genug übrig ist, um andere „Sheroes“ zu unterstützen.



© Peter van Heesen

Frauen stehen ganz besonders im Fokus. Nach Ansicht von Rechtsextremen und religiösen Fundamentalisten ist ihre Rolle beschränkt, sie haben dem Männlichen untergeordnet zu sein. Frauenhass geht mit Antisemitismus, Rassismus und einer regressiven Vorstellung der Welt einher. Wir sind noch Lichtjahre davon entfernt, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Ihre Bewertung unterliegt noch immer ganz anderen Maßstäben, wie wir unlängst an den Kommentaren gegenüber der einzigen weiblichen Kanzlerkandidatin sehen mussten. Frauen zu hassen, einfach nur, weil sie Frauen sind, war über Jahrhunderte nur ein Kavaliersdelikt. Bis heute zeigt sich dies auch in der Kriminalstatistik. Es ist kein Wunder, dass online ein ungebrochener Hass zu beobachten ist. Ganz besonders trifft er Menschen, die sich einer solchen Kultur offen widersetzen. Dass die Stimmung aggressiver wird, sehen wir auch an den Angriffen auf den Straßen. Journalisten werden auf Corona-Demos bedroht, Menschen werden immer häufiger rassistisch beleidigt und geschlagen. Lokalpolitiker stehen unter Dauerbeschuss. Gebäude werden beschmiert, Flugblätter mit Drohungen landen in Briefkästen, das alles geschieht überall in Deutschland. Besonders dicht sind die Vorfälle aber dort, wo es traditionell rechtsextreme Strukturen gab und heute die AfD viel Zulauf hat. Das sind vor allem die ostdeutschen Bundesländer. Die Frequenz der Attacken ist hier besonders hoch, die staatliche Sicherheit dagegen besonders lückenhaft. Dass trotz alledem so viele Menschen gegen Rassismus, Antisemitismus und Frauenhass aktiv sind, zeigt, dass sie ziemlich viel Mut haben und Hoffnung. Sie sind ein Vorbild für alle in Zeiten des Hasses. Es kann nicht sein, dass dieser Hass nun „dazugehört“, wenn Menschen sich für eine demokratische Kultur engagieren. Deshalb ist es wichtig, dass sich noch mehr trauen, sich nicht einschüchtern lassen und nicht zurückweichen. Die Amadeu Antonio Stiftung ist an ihrer Seite.

Fragile Demokratie



Versuchter Angriff auf die Demokratie: Coronaleugner:innen und Rechtsextreme stürmen die Reichstagstreppe.

©picture alliance / NurPhoto / Achille Abboud

Schluss mit Symbolpolitik

Von Timo Reinfrank

2020 erreichten die Zahlen politisch rechts motivierter Kriminalität einen erneuten Höchststand. Ein trauriger Rekord. Seit Beginn der Legislatur 2018 zählt das Bundeskriminalamt über 65.000 rechte Straftaten, darunter die Opfer rechtsextremem Terrors in Kassel, Halle und Hanau. Nach diesen erschütternden Morden schien die Bundesregierung verstanden zu haben: So wurde eigens ein Kabinettsausschuss gegen Rassismus und Rechtsextremismus eingerichtet, Gesetzespakete und zusammen 89 einzelne Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das Wort „Rasse“ soll aus dem Grundgesetz gestrichen, Diversitätsorientierung soll in den Bundesministerien Einzug halten und die Forschung zum Thema Rechtsextremismus soll erheblich ausgeweitet werden. Zudem wurden zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt. Erstmals, so der Eindruck, ist die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ganz oben auf der Agenda der Berliner Republik angekommen. Von dem Kabinettsausschuss unter Vorsitz der Bundeskanzlerin Angela Merkel ging eine Signalwirkung aus, von der ich mich bei einer Ausschussanhörung mit Vertreter:innen der Migrant:innenverbände, der Zivilgesellschaft und aus der Wissenschaft persönlich überzeugen konnte. Doch wie stellen wir sicher, dass es nicht bei Ankündigungen und bloßer Symbolpolitik bleibt? Ein halbes Jahr nach Verabschiedung des Maßnahmenpakets zeigt sich ein unbefriedigendes Bild. Viele der Maßnahmen harren noch der Umsetzung, einige Ansätze sind bereits überholt oder ihre Umsetzung muss in Abstimmung mit den Ländern noch erkämpft werden.

Maßnahmen laufen ins Leere

Waffenrechtsverschärfungen sind beispielsweise sinnvoll, aber verpuffen in einer Zeit, wo Rechtsterrorist:innen sich ihre Tatwerkzeuge in 3D mit Anleitungen aus dem Darknet selbst ausdrucken können. Ebenso sind Strafverschärfungen bei Hass im Netz ein wichtiges Zeichen, das aber verblasst, wenn bei den zuständigen Staatsanwaltschaften in den Bundesländern das Personal für die Strafverfolgung fehlt. Melderegistersperren drohen zu einem stumpfen Schwert zu werden, wenn Adressen von Betroffenen auf Polizeirechnern abgerufen werden. Die Maßnahmen drohen auch deshalb ins Leere zu laufen, weil sich die Verteilung der Mittel

auf die einzelnen Ministerien hinzieht und immer weniger Zeit für die Umsetzung bleibt. Dazu kommt, dass zentrale Maßnahmen bis jetzt nicht langfristig abgesichert sind. Von der ursprünglich in den beiden letzten Koalitionsverträgen vereinbarten langfristigen Förderung von Projekten sind die Regierungsfractionen weit entfernt. In den öffentlichen Eckpunkten für ein Demokratiefördergesetz scheint wieder ein Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft durch, wer sich gegen Rechtsextremismus engagiere, könne doch linksextrem sein, so die Unterstellung. Was mir persönlich auch gefehlt hat, war das klare Zeichen gemeinsam mit den Ländern jetzt mit aller Kraft gegen das unerträglich hohe Niveau der politischen Gewalt vorzugehen.

Pandemie wird Infodemie

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie stellen sich zudem neue Herausforderungen; gleichzeitig wird vieles klarer. Teile der Corona-Proteste führen uns deutlich das Potential für autoritäre Bewegungen vor Augen. Eine bisher unbekannte Demokratie- und Staatsfeindlichkeit bricht sich Bahn, mit Angriffen auf Parlamente und Regierungsinstitutionen. Zunehmend sind auch andere Berufsgruppen und Landesteile, immer mehr sogar auch private Kontakte betroffen. Auch der immer wieder in Verbindung mit dem Nahostkonflikt oder im Verschwörungsglauben ausbrechende Antisemitismus oder Rassismus zeigt, dass wir uns der Bearbeitung unterschiedlicher Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit intensiver als bisher widmen müssen. Was mir von dieser Legislaturperiode besonders in Erinnerung bleibt, ist eine Anhörung im Familienausschuss des Deutschen Bundestags. Obwohl sie nicht öffentlich war, war der Hass der AfD-Abgeordneten beinahe körperlich zu spüren. Nicht nur die Abgeordneten der demokratischen Parteien, sondern auch meine Kollegin und ich waren perplex angesichts der Aggressivität ihrer Angriffe. Unsere Demokratie hier zu verteidigen müssen wir immer wieder als gemeinsame Aufgabe aller Demokrat:innen begreifen. Das gilt es nun auch in Zeiten des Wahlkampfs und der absehbaren Delegitimierung demokratischer Prozesse zu bedenken. Wir unterstützen einen Aufruf für fairen digitale Wahlen, mit einem Verhaltenscodex für den digitalen Bundestagswahlkampf, der sich gegen Desinformation, verdeckte Werbean-

zeigen und für Fairness ausspricht – für Demokratie eben. Denn das ist die große Lehre, die ich aus den vergangenen Jahren gezogen habe: Als demokratische Zivilgesellschaft müssen wir nicht auf die Politik warten, um die Demokratie wehrhaft zu machen – wir haben es auch selbst in der Hand!

Timo Reinfrank ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung.

Held:innen der Demokratie unterstützen

Der SHEROES Fonds unterstützt Frauen, Trans*, Inter- und nichtbinäre Personen, die wegen ihrem Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Einstellungen angefeindet und bedroht werden und finanzielle Hilfe bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen benötigen. Sie sind keine Opfer, sondern Held:innen, weil sie sich engagieren, obwohl sie wissen, dass sie dann im Fokus von Angriffen stehen könnten. Deshalb heißt dieser Fonds „SHEROES“. Entstanden ist der Fonds durch die Kampagne „Deine Spende für Shero Jasmina Kuhnke“ von Künstler:innen, Freund:innen und einigen Initiativen. Die Familie der Schwarzen Aktivistin musste nach Morddrohungen und der Veröffentlichung ihrer Adresse fluchtartig umziehen. Die Kosten für den Umzug, Anwalt:innen zur Verfolgung der Straftaten und die Durchsetzung des Polizeischutzes sowie für die Sicherheitsmaßnahmen beliefen sich schnell auf mehr als 50.000 Euro. Dank der überwältigenden Unterstützung zahlreicher Spender:innen konnte der SHEROES Fonds die angefallenen Kosten für Jasmina Kuhnke decken.



Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz

haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie

und ihr Engagement wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat sowie mit finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

6 Tipps gegen Verschwörungsideologien in der Schule



1) Erkennen Verschwörungsideologien machen auch vor Schulen keinen Halt. Es gibt Schüler:innen und pädagogische Fachkräfte, die an sie glauben und sie verbreiten. Aber was kennzeichnet Verschwörungsideologien? Als dogmatische Weltbilder propagieren sie einen Kampf von „Gut“ gegen „Böse“, der sich politisch, esoterisch oder religiös erklären lässt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die Ablehnung demokratischer Werte finden sich in den meisten Verschwörungsideologien.

2) Verstehen Was Verschwörungsideologien attraktiv macht: Sie helfen dabei, das Selbstwertgefühl zu steigern – während andere abgewertet werden. Man selbst gehört zur aufgeklärten Avantgarde, die verstanden hat, „was wirklich gespielt wird“ und die „schlafende Mehrheit aufwecken“ will. Das gefährliche daran: Mit der Einteilung in „Erleuchtete“ und „Schlafschafe“ fördern Verschwörungsideologien ein autoritäres, menschen- und demokratiefeindliches Weltbild.

3) Nachfragen Gerade im schulischen Raum ist es wichtig, pädagogische Fachkräfte sowie Schüler:innen für Verschwörungsideologien zu sensibilisieren. Nur wie? Kritisiert man die Verschwörungsideologien oder stellt man ihnen Fakten und andere Positionen gegenüber, reagieren die Betroffenen häufig gereizt und abwehrend. Deswegen ist es besser, freundlich aber kritisch nachzufragen. So werden die Funktionen, die die Verschwörungserzählungen einnehmen, offengelegt und Anstöße für eine selbstkritische Auseinandersetzung gegeben.

4) Medienbildung Scheinbar informative YouTube-Kanäle und hipe Print-Magazine: Verschwörungsideologien werden oft über Medien vermittelt. Sie geben vor, seriös zu sein, betreiben aber gefährliche Propaganda. Und unsere Schüler:innen sind dagegen nicht gerade gewappnet. Jüngst ergab eine Studie der OECD, dass weniger als die Hälfte aller 15-jährigen Schüler:innen in Deutschland in Texten Fakten von Meinungen unterscheiden kann. Was es deshalb braucht, sind Praxiseinheiten im Unterricht, in denen die Unterscheidung zwischen Fakten und Fake News geübt wird.

5) Interesse fördern Viele Jugendliche interessieren sich für Themen wie Umwelt, Gerechtigkeit und Zukunft. Sie dabei zu unterstützen, sich in aktuelle gesellschaftliche Debatten einzubringen und ihr Interesse an der Gestaltung unserer Gesellschaft zu fördern ist die beste Impfung gegen Verschwörungsideologien.

6) Widersprüche aushalten Die Gesellschaft ist häufig nicht in einfachen Kausalketten zu erklären. Widersprüche, nicht intendierte Folgen oder schlicht Zufälle beeinflussen politische Prozesse. Widersprüche aushalten zu lernen muss deshalb zur Demokratiebildung gehören und beugt Verschwörungsideologien vor. Von Benjamin Winkler und Lisa Geffken

debunk Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich mit dem Projekt „debunk. Verschwörungstheoretischem Antisemitismus entgegen“ umfassend mit Verschwörungsideologien im Kontext der professionellen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auseinander. Das Projekt debunk berät Lehrer:innen und Sozialarbeiter:innen und entwirft Bildungsmaterialien und -methoden.

Nahostkonflikt: Mehr als 2 Seiten

Schüler:innen aus Berlin-Neukölln setzen sich mit Antisemitismus und dem Nahost-Konflikt auseinander – mit einer Reise nach Israel, und mit einem Comic.

„Wir sind Heba und Narges und möchten dich auf den nächsten Seiten auf unsere Reise mitnehmen“ – so beginnt der Comic „Mehr als 2 Seiten“. Dann geht die Reise auch schon los. Die Geschichte, die er erzählt, beruht auf wahren Begebenheiten. 2019 reiste eine Gruppe Jugendlicher von der Berliner Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli gemeinsam nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete. „Die Idee, mal so eine Reise zu machen, lag auf der Hand“, erzählt Mehmet Can, Lehrer an der Schule in Berlin-Neukölln. In dem Stadtteil haben viele Menschen einen Bezug zum Nahostkonflikt. Can sollte Recht behalten: „Die Reaktionen waren überwältigend, es gab viel mehr Bewerbungen als Plätze!“ In Israel angekommen, machte sich die Gruppe mit ihrem Reiseführer Uriel auf den Weg, Jerusalem zu erkunden. Muslimische Schüler:innen besuchten den Tempelberg, die anderen die historische Altstadt Jerusalems. Bald entdeckten die Jugendlichen Ähnlichkeiten zum Leben in Berlin: „Hier riecht es ja wie zu Hause auf der Sonnenallee!“ Aber sie bemerken auch schnell, dass in Israel einiges anders ist. Der Schulbunker der israeli-

schen Schule zeigt: Krieg und Alltag liegen hier nah beieinander. Dies wird auch in der Begegnung mit Eltern, die ihre Kinder im Nahostkonflikt verloren haben, deutlich. „Alle Jugendlichen waren zutiefst betroffen“, erinnert sich Lehrerin Jamina Diel. Auch der Comic hält diesen berührenden Moment fest: „Tragt unsere Konflikte nicht in euren Alltag. Setzt euch stattdessen für mehr Menschlichkeit ein. Verändert die Welt zum Besseren“, rät ein israelischer Vater den Berliner Schüler:innen. Die Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt zieht sich durch Reise und Comic. Die Jugendlichen sehen die Sperranlage rund um das Westjordanland, lernen Menschen mit unterschiedlichen politischen Einstellungen kennen und merken, dass viele Israelis eines gemeinsam haben: Sie haben genug vom Krieg. „Durch die Erfahrungen der Reise haben die Schüler:innen ein vielfältiges und lebendiges Bild von der Region gewonnen und ganz unterschiedliche Perspektiven kennengelernt“, berichtet Diel. Vor Ort erkennen die Berliner Jugendlichen, wie unterkomplex die meisten Darstellungen des Nahostkonfliktes sind. Der Comic, den die Schüler:innen gemeinsam mit ihren Lehrer:innen gestaltet haben, bringt persönliche Reiseerlebnisse mit geschichtlichen und gesellschaftlichen Hintergrundinformationen über den Nahen Osten zusammen. In sechs Kapiteln werden die Leser:innen mit nach

Israel genommen, und zwischendurch selbst zum Nachdenken, Nachforschen und Nachmachen angeregt. Die zwei Hauptfiguren Heba und Narges teilen dabei ihre verschiedenen Erfahrungen, Fragen und Erkenntnisse der Reise. Der Comic zeigt, wie vielseitig und komplex die Region und ihre Konflikte sind. Mit dem Titel „Mehr als 2 Seiten“ werden die stereotypisierenden und oftmals eindimensionalen Perspektiven auf den Nahostkonflikt angesprochen. „In Bezug auf den Nahostkonflikt haben viele Menschen diese ikonischen Bilder im Kopf, in denen ein klares Gut/Böse Schema vorherrscht. Unser Plan ist auch, mit Bildern bestehende Bilder zu irritieren“, erzählt Mathis Eckelmann, Lehrer an der Gemeinschaftsschule und Zeichner des Comics. Durch den von der Amadeu Antonio Stiftung geförderten Comic haben sich die Berliner Schüler:innen auch nach ihrer Reise noch intensiv mit dem Nahen Osten auseinandergesetzt. Aber auch für Schüler:innen, die selbst noch nie in Israel oder den Palästinensischen Gebieten waren, bietet „Mehr als 2 Seiten“ einen informativen Einstieg ins Thema. Dabei ist der Comic alles andere als trocken: Er versorgt seine Leser:innen auch mit interessanten, ungewöhnlichen und lustigen Hintergrundinformationen. Wussten Sie zum Beispiel, dass es in den Palästinensischen Gebieten mehr Olivenbäume als Menschen gibt? Von Carlotta Voj



Heba und Narges unterwegs ©Campus Bildung im Quadrat



„Wir haben das Vertrauen der Bürger verspielt“

Coronamaßnahmen müssen erklärt und nachvollziehbar gemacht werden, sagt Dirk Neubauer, Bürgermeister des 4.500-Seelen-Städtchens Augustusburg. Würden die Menschen nicht einbezogen, sei das eine Bedrohung für die Demokratie.

Herr Neubauer, wie hoch ist in Augustusburg der Anteil von Coronaleugnern:innen und Skeptiker:innen? Das ist schwer zu sagen. Bei uns im ländlichen Raum ist es eher selten, dass sich jemand diesbezüglich outet. Wir leben ja in einem sehr dichten sozialen Kontext, bei uns kennt jeder jeden. Da trifft man sich dann eher heimlich in irgendwelchen Garagen mit den anderen Leuten, die auch zweifeln. Und man muss differenzieren: Wir haben hier sehr viele Leute, die in der Tourismusbranche arbeiten, deren Existenzen sind infrage gestellt. Viele von ihnen zweifeln an der Richtigkeit der Maßnahmen. Aber sie sind nicht mit Leugnern gleichzusetzen. Anfang Dezember haben Sie sich auf Facebook sehr klar gegen Coronaleugnern:innen in Ihrer Stadt positioniert. Wie kam es dazu? In einem kleinen Ort bleibt wenig geheim. Zum Beispiel habe ich mitbekommen, dass Leute sich zum Feierabendbier mit eindeutig zu vielen Haushalten in einer Garage treffen. Ich zeige sie dann nicht an, aber ich mache eine Ansprache. Die Menschen müssen verstehen: Es hat mit uns zu tun, dass die Inzidenzen in unseren Landkreisen nicht sinken und sich das Drama verlängert. Was ist danach passiert? Das hat schon Wellen geschlagen. Manche Leute sagten, jetzt fährt er auch noch Streife. Dann kochte der übliche Wahnsinn in den Sozialen Kanälen hoch. Aber man darf das nicht überbewer-

ten. Ich weiß auch von anderen, die gesagt haben, vielleicht hat er Recht. Der weit überwiegende Teil der Menschen in der Stadt trägt das alles mit. Man muss aber auch verstehen: Alle 14 Tage ändert sich die Coronapolitik, das macht die Leute müde. Politiker:innen sind also mit daran Schuld, dass Menschen zu Corona-Skeptiker:innen werden? In jedem Fall muss man sagen, dass die Politik nur einen mäßig guten Job macht, was die Kommunikation der ganzen Sache angeht. Die Menschen verstehen nicht, warum so lange überall unterschiedliche Maßnahmen galten. Durch das lange Regelungschaos haben wir das Vertrauen der Bürger verspielt. Das macht mir Sorge. Inwiefern? Der Bund beschließt, die Länder machen ihre Schutzverordnungen daraus, die gehen zum Kreis, der macht seine Verfügung, und diese Verfügung landet Stunden später bei mir im Postfach. Die Kommunen werden an diesen Prozessen kaum beteiligt. Wir bekommen dann Freitag Nachmittag um 18 Uhr die Nachricht, dass am Montag die Schulen geschlossen sind, und die Eltern für die Notbetreuung am Montag eine Bestätigung von den Betrieben vorlegen müssen, dass sie systemrelevant sind. Erklären Sie das mal den Menschen, die davon betroffen sind. Diese Situation hat Folgen für das Demokratieverständnis. Wenn ich das Gefühl habe, es wird über mich bestimmt, ohne dass ich in irgendeiner Form gehört, in eine Diskussion eingebunden oder vernünftig informiert werde, dann stelle ich das große Ganze in Zweifel. Was unternehmen Sie gegen den Vertrauensverlust? Kommunikation ist unglaublich wichtig – zu sagen, was ist, nicht zurückzuweichen, nicht rum-

zueiern, sich der Diskussion zu stellen. Das vermisse ich auf Bundes- und Landesebene. Wir müssen das Gespräch suchen, den Leuten zuhören. Dann können wir immer noch entscheiden, mit wem wir nicht reden wollen. Aber so muss die Reihenfolge sein. Wann ist der Punkt erreicht, an dem Sie die Diskussion beenden? Wenn es gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung geht. Und wenn es die persönliche Ebene erreicht, ausfällig wird. Und wenn jemand tatsächlich anfängt, von rechts außen agitieren zu wollen, kann man das höflich, aber bestimmt beenden. Hat die Pandemie Augustusburg gespalten? Allerdings. Viele der Trennlinien gehen nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch durch Familien. Ich zitiere unseren Gesundheitsminister nur ungern, aber da hatte er wirklich Recht, als er sagte: Wir werden uns einiges zu Verzeihen haben. Das hat sich bei mir eingebrannt, weil ich diese Befürchtung auch habe. Wir werden diese Gräben nur überwinden können, wenn wir Dinge nach vorne gerichtet besprechen, unsere Lehren daraus ziehen und gemeinsam Kraft schöpfen. Wie kann Pandemienachsorge für die Stadtgesellschaft aussehen? Ich verwende sehr viel Kraft darauf, Mut zu machen. Wir haben in unserer Haushaltsplanung alle Ausgaben für Vereine und Kulturförderung drin behalten und die ersten Auszahlungen vorgenommen, obwohl es uns wirklich nicht gut geht und wir nicht wissen, ob irgendwas davon umgesetzt werden kann. Aber es geht uns darum, das Signal zu senden: Wir sind dran! Und wir planen Runde Tische, wo alle die hier leben, eingeladen sind zu diskutieren, wie wir die Kräfte bündeln und gemeinsam aus der Krise rausgehen können. Dazu ist jeder willkommen, der sich an die Regeln einer vernünftigen Diskussion hält. Wir wollen wir leben? Das wird die Überschrift sein.

Dirk Neubauer ist seit 2013 Bürgermeister der sächsischen Stadt Augustusburg. Das Interview führte Franziska Schindler © Privat

Das Engagement der Amadeu Antonio Stiftung gegen Verschwörungsideologien

- Die Stiftung arbeitet und forscht seit langem zu Hintergründen, aktuellen Erscheinungsformen und Zusammenhängen von Verschwörungsideologien. Infos und Handlungstipps finden Sie bei uns u.a. in:
- Publikationen, mit Basiswissen und Handlungsstrategien ebenso wie zu QAnon in Deutschland dem „DIY-Entschwörungsgenerator“ auf amadeu-antonio-stiftung.de/glaubnichtalles
- dem Planspiel „Die Welt am Abgrund“ zu antisemitischen Verschwörungstheorien (2018)
- Fortbildungen und Workshops

Sachsen-Anhalt nach dem Anschlag: Wie Initiativen Halle aufmischen

Wie ist die Stimmung in Halle anderthalb Jahre nach dem antisemitischen und rassistischen Anschlag? Ein Besuch bei unseren geförderten Projekten und Partnern.



Wenn Maya Philipp in Halle auf die Straße geht, muss sie damit rechnen, angefeindet zu werden. „Kopftuch weg! Geh in dein Heimatland, du hast keinen Platz hier in Deutschland“, das hat die 26-jährige Libanesin mit palästinensischen Wurzeln alles schon gehört. „Manchmal laufe ich einfach nur auf der Straße und ein Mann kommt und rempelt mich an“, erzählt sie. Im letzten Jahr versteckte die ausgebildete Kosmetikerin ihr Kopftuch deshalb unter einer Mütze.

Und dennoch lebt sie gern in Halle. „Das ist die beste Stadt für mich“, sagt Philipp. „Und ich kann inzwischen gut genug Deutsch, um mich gegen die Leute zu wehren.“ Anderthalb Jahre sind vergangen, seit ein Rechtsterrorist versuchte, in die Synagoge einzudringen, dann den Kiez-Döner aufsuchte und zwei Menschen tötete. Was hat sich seit diesem Oktobertag 2019 in der Stadt verändert?

„Es tut sich auf jeden Fall etwas“, sagt Lena Lehmann. Die Sozialarbeiterin mit wacher Stimme und grauem Wollpulli ist im Organisationsteam von Unteilbar Sachsen-Anhalt aktiv. Auch vor dem Anschlag habe es hier schon viele Initiativen für Vielfalt und gegen Diskriminierung gegeben, so Lehmann. „Aber jetzt bekommen die Themen mehr Aufmerksamkeit und es haben sich neue Projekte gegründet.“

So haben es sich Karoline Wagner und Amand-Gabriel Führer zur Aufgabe gemacht, Diskriminierung sichtbar zu machen. Eigentlich beschäftigt sich ihre Arbeitsgruppe an der Uni Halle mit Diskriminierung von Patient:innen im Gesundheitssystem. Doch auch im Universitätskontext erlebten und beobachteten die Mitglieder der Arbeitsgruppe, viele davon selbst Studierende, Ähnliches. „Daraus entstand die Idee, genauer nachzuforschen“, sagt Karoline Wagner.

Inzwischen ist das von der Amadeu Antonio Stiftung unterstützte Projekt in vollem Gange. Gerade werden die Studierenden zu ihren Erfahrungen mit Diskriminierung im Unikontext befragt. Danach sollen in Zusammenarbeit mit Betroffenen Handlungsempfehlungen für die Uni entwickelt werden. 840 Studierende haben an der Onlineumfrage teilgenommen; 55 haben sich zu einem persönlichen Interview – dem zweiten Schritt der Datenerhebung – bereiterklärt.

„Wir waren überrascht, wie viele Studierende sich schon beteiligt haben“, sagt Führer. Es scheint auf jeden Fall ein Bedürfnis zu geben, über Diskriminierung zu reden. Die Forscher:innen haben zahlreiche Mails voller Zuspruch bekommen. Sie gehen davon aus, dass die systematische Auswertung der Daten bis Ende des Jahres vorliegen wird. Was bei einem Blick in die Umfragebögen aber jetzt schon auffällt: Viele Studierende berichten von rassistischen Witzen und sexistischen Äußerungen. Gerade für trans* Personen käme zur Alltagsdiskriminierung eine Reihe struktureller Benachteiligungen hinzu. So sei etwa der Namenswechsel häufig mit großen bürokratischen Hürden verbunden.

Ein weiteres der neu entstandenen Projekte ist beim Verein Sprachbrücke e.V. angesiedelt. Die Ehrenamtlichen haben sich 2015 zusammenge-

funden, als viele Geflüchtete in Halle ankamen. Damals organisierten sie Möbelspenden, begleiteten Geflüchtete bei Behördengängen, brachten ihnen Fahrradfahren bei. Heute begeben sie sich mit geflüchteten Frauen auf die Spuren Anne Franks. Nachdem sie ihr Tagebuch auf Arabisch gelesen haben, beschäftigen sie sich in Workshops mit dem Nationalsozialismus und jüdischem Leben in Deutschland.

Unterstützt werden sie dabei vom halleschen Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. Juliane Bischoff leitet die Workshops mit 15 Frauen aus Syrien, dem

„Die Frauen können sich so gut in Anne Frank hineinversetzen“, ergänzt Bischoff. Jetzt wollten sie die Ergebnisse des Projekts öffentlich vorstellen. „Das finde ich wirklich sehr bemerkenswert.“ Für Zeit-Geschichte(n) e.V. koordiniert Bischoff die Verlegung von Stolpersteinen in Halle, konzipiert Stadtführungen zu den Orten jüdischer Geschichte und jüdischen Lebens heute, bildet junge Erwachsene zu Stadtführer:innen fort. Gerade sitzt sie daran, mit Jugendlichen ein „Actionbound“, eine Art interaktive Schnitzeljagd für das Handy, zu erarbeiten. Mitglieder

zeit an demokratischer Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft“, so Hahnel. Das sei im Osten noch einmal deutlich stärker als im Westen.

Was außerdem fehlt: Dass sich diese Initiativen über die Stadt hinaus vernetzen, Allianzen gründen. Das Bündnis Unteilbar will diese Leerstelle füllen und die Zivilgesellschaft Sachsen-Anhalts zusammenbringen.

Aber wie funktioniert Vernetzung inmitten einer globalen Pandemie? „Ganz, ganz viele Zoomkonferenzen“, antwortet Lehmann. „Die können an einem Samstag auch mal fünf Stunden dauern,



Auf Erkundungstour durch Halle ©Sprachbrücke e.V.

Libanon, den Palästinensischen Gebieten und Tunesien. „Die Geschichte von Anne Frank hat mich sehr berührt, sie ist so eine starke Frau“, erzählt Philipp, die seit einem Jahr an dem Projekt teilnimmt. So begeistert wie die 26-Jährige von der für sie ungewöhnlichen Spurensuche ist, sind es Juliane Bischoff und Annett Rauch von ihren Teilnehmer:innen. Ihre beiden Vereine unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung.

„Ich dachte, sie machen das nicht...“

„Als ich den Frauen unsere Idee präsentiert habe, hatte ich wirklich Angst“, sagt Rauch, die das Projekt initiiert hat. „Sich ein Jahr lang mit Antisemitismus auseinandersetzen? Ich dachte, sie machen das nicht mit!“ Es kam anders. Alle wollten dabei sein, und sie sind es noch immer. „Die Frauen sind hochmotiviert, obwohl wir uns seit Monaten nur online treffen“, berichtet Rauch. Nicht nur Offline-Workshops, auch Exkursionen nach Auschwitz oder zum Berliner Anne-Frank-Zentrum mussten abgesagt werden. Die Teilnehmerinnen hat das nicht davon abgehalten, mit mindestens genauso viel Elan weiterzumachen.

der russischsprachigen Community haben unter Bischoffs Begleitung die Stadtführung jüngst auf Russisch übersetzt und sobald die Pandemie es zulässt, soll es damit losgehen. Ob es die Stadtführungen bald auch auf Arabisch geben wird? „Es wäre sehr toll, wenn die Frauen dabei wären“, meint Bischoff.

Es ist ein Mosaikstein bei dem Versuch, jüdisches Leben in der Stadt sichtbarer zu machen, und wie Torsten Hahnel vom Verein Miteinander e.V. findet – dringend nötig: „Wir haben hier eine Repräsentationslücke jüdischen Lebens, und die hat mit unserer Geschichte zu tun.“ Das nicht wahrhaben zu wollen sei „einfach naiv“.

Mehr Problembewusstsein für Antisemitismus

„Unmittelbar nach dem Anschlag hatte ich den Eindruck, dass viele in erster Linie betroffen waren, weil irgendjemand jemanden kannte, der in der Nähe war oder sich sonst dort aufhielt“, ergänzt Juliane Bischoff. „Da gab es immer einen Ich-Bezug, aber um die Menschen in der Synagoge ging es erstmal wenig.“ Allerdings bemerke sie seit dem Anschlag ein stärkeres Problembewusstsein für Antisemitismus in der Stadt. „Das muss ich selbstkritisch sagen, auch ich nehme Antisemitismus jetzt viel stärker wahr.“

„Aus jüdischer Perspektive bin ich über den Umgang der Stadt Halle mit Antisemitismus sehr enttäuscht“, sagt hingegen Karoline Wagner. „Ich finde, es hat sich seit dem Anschlag definitiv nichts verbessert.“

Für Torsten Hahnel sind die Reaktionen „total ambivalent“. Am ersten Gedenktag seien viele Menschen sehr erschüttert gewesen, berichtet der Mitbegründer von Miteinander e.V., der sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt einsetzt. Gleichzeitig beobachtet Hahnel eine „große Hilfslosigkeit“ im Umgang mit dem Anschlag. Einerseits bei vielen Menschen, die sich engagieren wollten, aber nicht wüssten, an wen sie sich wenden könnten. Andererseits beim Land und der Stadtverwaltung, denen ein würdiges Gedenken an die Opfer des Anschlags nicht so recht gelingen wolle. Am ersten Jahrestag des Anschlags seien viele staatliche und städtische Akteure vor allem damit beschäftigt gewesen, wer wo einen Kranz niederlegen darf: „Die konkreten Bedürfnisse der betroffenen Personen standen da nicht wirklich im Vordergrund.“ Hinzu kommen sowohl ein Innenminister des Landes, der kurz beklagt, dass die Einsatzstunden zum Schutz jüdischer Einrichtungen an anderer Stelle fehlten, als auch immer wieder rechtsextreme Vorfälle bei der Polizei.

Das zivilgesellschaftliche Bündnis „Halle gegen Rechts“ organisierte in der Zwischenzeit eine Gedenkausstellung. Diese wurde von den Betroffenen und Hinterbliebenen sehr positiv aufgenommen, berichtet Hahnel. Und dennoch: Die Mehrheit der Stadtgesellschaft werde durch diese aktiven und gut vernetzten zivilgesellschaftlichen Initiativen nicht abgebildet. „Wir haben ein Defi-

aber die Leute bleiben trotzdem dran.“ Darüber ist Lehmann selbst erstaunt. Denn nicht nur Ausdauer für die manchmal mehrmals wöchentlich stattfindenden Treffen, auch Kompromissbereitschaft müssen die Unteilbar-Unterstützer:innen mitbringen: Hier sind Kirchen ebenso wie queerfeministische Gruppen, Umweltaktivist:innen genauso wie Gewerkschaften vernetzt. Nicht nur aus Halle, sondern auch aus dem ländlichen Raum Sachsen-Anhalts kommen die Initiativen, die sich inzwischen unter dem Dach von Unteilbar zusammenfinden.

Bei der ersten Demo des Bündnisses in Magdeburg stellten sich alle teilnehmenden Initiativen vor. Mit der zweiten Kundgebung unter dem Motto „Die rote Linie ziehen!“ forderte Unteilbar die demokratischen Parteien auf, nicht mit Rechtsextremen zusammenzuarbeiten. Mit einem roten Band umspannten die Aktivist:innen den sachsen-anhaltinischen Landtag. Die kommende Kundgebung in Halle steht unter dem Slogan „Für eine demokratische und offene Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“ Was die Aktionen für das Bündnis außerdem zu etwas ganz Besonderem macht: „Viele von uns haben sich bei der ersten Kundgebung zum ersten Mal gesehen, wir kannten uns ja nur von Zoom!“

Liebungsfeind Miteinander e.V.

Vor fünf Jahren ist die AfD in den Magdeburger Landtag eingezogen. Miteinander e.V. wurde zu einem ihrer Liebungsfeinde gekürt. Als Teile der Regierungskoalition begannen, sich an der Delegationskampagne gegen den Verein zu beteiligen, wurde es schnell existenziell: Fördergelder drohten gestrichen zu werden, der Ruf des Demokratievereins und damit dessen wichtige Arbeit waren bedroht. „Die Diskursverschiebung ist der AfD auf jeden Fall gelungen“, sagt Hahnel. Die Konsequenzen für die Initiativen und Vereine in Sachsen-Anhalt seien gravierend: „Die wollen uns und alle anderen zivilgesellschaftlichen Strukturen einschüchtern, verunsichern und das Selbstbewusstsein nehmen.“ Man fühle sich permanent bedroht. „Das ist echt gruselig.“

Eine Vernetzungsstruktur über die Stadtgrenzen hinaus zu schaffen, das findet Lehmann auch in Hinblick auf die Landtagswahl wichtig: „Wir wollen als Zivilgesellschaft für einen Fall Kemmerich gewappnet sein!“

Hahnel ist fest davon überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen in Sachsen-Anhalt nicht rechts ist. Trotzdem seien die Rechtsextremen permanent in der Öffentlichkeit präsent, wie etwa der rechtsextreme Dauerdemonstrant Sven Liebich auf dem Marktplatz. „Es ist also nicht eine Frage von Mehrheit und Minderheit, aber es braucht eine sehr klare Positionierung und Abgrenzung der demokratischen Mehrheit gegen menschenfeindliche Positionen – und da liegt das eigentliche Problem.“

Von Charlotte Sauerland



Gemeinsam für ein demokratisches Miteinander – hier bei einer Aktion von Unteilbar in Magdeburg © Unteilbar Sachsen-Anhalt

Werden Sie Teil einer starken Community!

Tausende Menschen haben sich besonders seit letztem Jahr engagiert: nach Halle, Hanau und im Kontext von #BLM. Dank ihrer Hilfe konnten wir deutlich mehr Projekte und Betroffene rechter Gewalt unterstützen als je zuvor. Mehr als 8.007 Spender:innen haben 2020 dazu beigetragen – viele von ihnen mit einer Dauerspende. Eine starke Gemeinschaft – werden Sie Teil davon!

Spendenkonto: IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00



Neonazis im Ring

Kampfsport wird unter Neonazis immer beliebter. Das Projekt „VOLLKONTAKT – Demokratie und Kampfsport“ wirkt mit Sensibilisierung und Präventionsmaßnahmen dem rechtsextremen Kampfsport-Boom entgegen.



Seit einigen Jahren boomt der Selbstverteidigungs- und Kampfsportmarkt in Deutschland. Und das hat auch die Neonazi-Szene für sich erkannt: Besonders die im Kampfsport vermittelte Gewaltkompetenz ist für den politisch motivierten „Straßenkampf“ interessant. Zudem vernetzt sich die Neonazi-Szene über die Welt des Kampfsports und rekrutiert Nachwuchs. Lange Jahre galten Rechtsrock-Konzerte als Schwerpunkt der rechtsextremen Erlebniswelt. Mittlerweile zählen auch Kampfsportevents zum Repertoire der rechtsextremen Szene. Deutschlands größtes dieser Art ist der „Kampf der Nibelungen“ (KdN). Es wurde 2013 von den „Hammerkins“ als „Ring der Nibelungen“ ins Leben gerufen, alsbald stießen Dortmunder Neonazis zur Organisation. Zog das Event in den ersten

Gyms (Kampfsportstudien) eröffnen, in denen sowohl Jugendliche als auch die örtlichen Neonazis trainieren.

Doch wie können wir auf diesen rechtsextremen Kampfsport-Boom und die dort vermittelte Gewaltkompetenz reagieren? Antworten darauf liefert das von der Amadeu Antonio Stiftung geförderte Modellprojekt „VOLLKONTAKT – Demokratie und Kampfsport“. Das Projekt strebt sowohl die Entwicklung dringend erforderlicher Präventionsmaßnahmen als auch die Verankerung politischer Leitplanken zum Thema Demokratie im Kampfsport an. Der Fokus liegt hier auf „Extrem-Kampfsportarten“, wie beispielsweise dem (Thai) Kickboxen oder Mixed Martial Arts (MMA). Dabei sollen die Kampfsportler:innen und Verbände gegenüber menschenfeindlichen Einstellungen und extrem rechten Strategien sensibilisiert werden.

Bundesweit stattfindende Mixed Martial Arts-Veranstaltungen wie etwa „We Love MMA“ mit Tausenden von Zuschauer:innen und live Übertragungen im Fernsehen sind mittlerweile gesellschaftlich relevante Großveranstaltungen. Doch



Steht auf Szenekleidung: Rechtsextremer in Ostritz ©Kira Ayyadi

Jahren zwischen 120 und 200 Zuschauer:innen an, waren es 2017 im sauerländischen Kirchhündem um die 500. 2018 kamen über 650 Zuschauer:innen bei mehreren Veranstaltungen im sächsischen Ostritz zusammen.

Kampfsport hat mittlerweile seinen festen Platz im Freizeitangebot der Rechtsextremen, sowohl in Form von Events wie dem Kampf der Nibelungen, als auch als Unterhaltungsprogramm auf Rechtsrock-Festivals. Dass Kampfsport mit all seinen Facetten unter Neonazis extrem beliebt ist, zeigt sich auch daran, dass entsprechende Szene-Kleidungsmarken immer stärker auf sportliche Street-wear-Bekleidung setzen. Im Design eher unverfänglich, sind diese Marken auch über die rechtsextreme Szene hinaus anschlussfähig. Führende Köpfe der Szene haben es sich zum Ziel gemacht, ihrer Klientel eine neonazistische Komplettausstattung anzubieten: Kleidung, Turniere, Sportnahrung und Fitnessstudios – aus der Szene für die Szene. Mit Sorge beobachten Expert:innen, dass immer mehr rechtsextreme

immer wieder kommt es vor, dass dort bekannte Neonazis in den Ring geschickt werden. Und da MMA-Events immer stark von den aufgestellten Kämpfer:innen geprägt sind, bestimmen diese auch das Publikum. „Besonders nicht rechte Kampfsport-Veranstalter:innen müssen für das Problem rechtsextremen Kampfsports sensibilisiert werden“, so VOLLKONTAKT-Mitarbeiter Robert Claus. VOLLKONTAKT arbeitet deshalb mit Sportverbänden und anderen Kampfsport-Organisationen, aber auch mit Polizeibehörden und kommunalen Verwaltungen zusammen.

„Neonazis arbeiten an der Professionalisierung von Gewalt“, erklärt Claus. „Daraus resultiert die große Gefahr, dass die Gewalt nicht mehr nur im Ring stattfindet, sondern auch als politische Gewalt auf die Straße getragen wird.“ Präventionsmaßnahmen auf allen gesellschaftlich relevanten Ebenen sind also dringend erforderlich. Umso erfreulicher, dass sich VOLLKONTAKT diesem Thema seit 2020 angenommen hat.

Von Kira Ayyadi



Schöne Fassade: Eisenacher Altstadt

© falco/Pixabay

Eigentlich nur ein Jugendtreff

Engagierte wollen in Eisenach alternative Jugendzentren aufbauen. Doch die rechtsextreme Hegemonie in der thüringischen Stadt macht das zu einem gewagten Unterfangen



„Seid ihr verrückt?“, wurden Lissy Bott und ihre Kolleg:innen gefragt, als sie von ihrem Plan erzählten, in Eisenach-Nord einen selbstorganisierten Begegnungsraum zu eröffnen.

Bott, 30 Jahre, Jugendbildungsreferentin bei den NaturFreunden Thüringen, verneinte. Dass etwas passieren musste, nachdem im vergangenen Jahr mit dem Skatepark der letzte selbstorganisierte, nicht-rechte Treffpunkt der Jugendlichen in der Stadt geschlossen wurde, stand für sie fest. Bott machte sich an die Arbeit.

Warum ein alternatives Jugendzentrum so abwegig erscheint, hat mit dem politischen Kräfteverhältnis in Eisenach zu tun. NPD und AfD konnten bei den Stadtratswahlen 2019 insgesamt 22,9% der Wählerstimmen auf sich vereinen. Seit den 90er Jahren haben sich rechtsextreme Einstellungen in der thüringischen Kleinstadt kontinuierlich normalisiert, wie eine Studie des Jenaer Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ergibt. Rechte Gewalt ist allgegenwärtig, Neonazis aus ganz Deutschland ziehen in die thüringische Kleinstadt, deren Erscheinungsbild von rechtsextremen Graffiti geprägt ist. Die Eisenacher NPD zeigt sich als bürger:innennah, nutzt ihre Parteizentrale als Veranstaltungsort für Rechtsrockkonzerte und Partys. Und sie hat sich in der Stadt eine umfassende Infrastruktur aufgebaut.

In Eisenach-Nord gibt es zwar keine NPD-Parteizentrale, dafür jede Menge Platte und eine heterogene Bewohner:innenschaft. In der Gegend mit bezahlbaren Mieten wohnen Migrant:innen neben Rechtsoffenen. „Das Viertel ist extrem polarisiert“, sagt Bott. Dass Aufenthaltsräume fehlen, erkennt auch der Eisenacher Stadtentwicklungsplan. Passiert ist dennoch nichts.

Im Gegensatz zu Botts verrücktem Plan, der zum Greifen nah ist. Ein Ladenlokal haben die Naturfreunde schon gemietet, vor wenigen Wochen sind sie eingezogen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat sie unterstützt und an sie geglaubt – von Anfang an. Aber um an dem neuen Ort anzukommen, ist es nicht damit getan, Kisten auszupacken. Mit Flyern haben die Naturfreunde:innen sich ihren neuen Nachbar:innen vorgestellt. „Es ist extrem wichtig, dass wir die Bevölkerung auf unserer Seite haben“, sagt Bott, „Wir wollen unbedingt

vermeiden, dass Menschen in unserem Zentrum angefeindet werden.“ Die Stadtverwaltung jedenfalls steht an der Seite der Naturfreund:innen, spendete Möbel und Zuspruch.

Was es bedeutet, der örtlichen rechtsextremen Szene ein Dorn im Auge zu sein, davon kann Elke, eine engagierte junge Frau aus Eisenach, erzählen. „Hier geht es wirklich rund“, berichtet sie am Telefon. Viele aus ihrem Bekanntenkreis wurden verprügelt, Küchenfenster eingeworfen – „Das waren ganz klar Nazis.“ Knockout 51 heißt die Neonazi-Kampfsportgruppe, die in Eisenach Angriffe auf linke Jugendliche und als Migrant:innen gelesene Menschen verübt. Die Gruppe ist eng mit der Hooliganszene des Vereins Rot-Weiß Erfurt vernetzt und nimmt regelmäßig an extrem rechten Kampfsportturnieren teil. Für einige Kampfsportler:innen von Knockout 51 ist die rechtsextreme NPD nicht aktivistisch und aktivistisch genug. Man kann erahnen, welche Gefahr von dieser Gruppe ausgeht.

Ihre Stadt will sich der Freundeskreis von Elke dennoch nicht nehmen lassen. Ein paar Kilometer weiter, in Eisenach-Mitte, haben sie den Verein Hedwig e.V. gegründet, ihr Ziel: Eine nicht-rechte Konzertlocation zu eröffnen, „damit sich die Nazisportgruppen die Jugendlichen nicht krallen können.“ Sie träumen von einem Ort, an dem Jugendliche einfach vorbeikommen können, einem Freiraum, den sie selbst gestalten, an dem sie sich wohlfühlen und entfalten können. Konzerte können Corona-bedingt noch nicht stattfinden, eine Fahrradwerkstatt, Handarbeitskurse und der Lesekreis schon. Damit soll es losgehen. Auch für Hedwig e.V. ist es zentral, die Nachbar:innen kennenzulernen. „Wenn wir jetzt schon Vertrauen zu den Menschen hier aufbauen, sind sie vielleicht auch an unserer Seite, wenn wir angegriffen werden“, hofft Elke.

Die Mehrheit in der Stadt wählt demokratische Parteien. Aber sich sichtbar gegen Rechts zu engagieren und öffentlich Position zu beziehen, das ist eine andere Sache. „Die Eisenacher:innen haben es nicht leicht, rechtsextremen Netzwerken in ihrer Stadt Paroli zu bieten“, resümiert IDZ-Studienautor Axel Salheiser. Lissy Bott lässt sich davon nicht abhalten. Mit den Schüler:innen der Sprachschule von Gegenüber hat sie auf einer Bedürfniswand Ideen gesammelt, wie sie den neuen Raum mit Leben füllen wollen. Die erste gemeinsame Aktion steht schon fest: Ein Graffitiworkshop, bei dem eine der Wände gestaltet wird.

Von Franziska Schindler und Carlotta Vof

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Mai 2021
Novalisstraße 12, 10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Franziska Schindler und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Design
Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.

Sie möchten die Ermutigen auch oder nur digital erhalten? Schreiben Sie uns: bestellung@amadeu-antonio-stiftung.de.

Handreichung: In den Tiefen des Online-Hasses

„Er hat sich im Internet radikalisiert“ – was bedeutet es eigentlich, wenn wir das über rechts-extreme Attentäter:innen sagen? In Messenger-Diensten, Foren, Sozialen Netzwerken, Video- und Gaming-Plattformen hat sich eine rechtsterroristische Subkultur entwickelt. Hier können sich Rechtsextreme international und anonym vernetzen, islamfeindliche und antisemitische Verschwörungsideologien verbreiten, potenzielle Nachahmer:innen zu Taten anregen und Anleitungen zur Anschlagplanung austauschen. Dabei haben sie popkulturelle Elemente wie Memes adaptiert und bedienen sich eigener Codes und

Bilder. Seit Rechtsterrorist:innen ihre Taten zu dem live übertragen, können sie von Tausenden verfolgt werden, die Terrorakte werden zur Unterhaltungskultur.

Dass das nicht folgenlos bleibt, zeigen allein die sieben rechtsterroristischen Anschläge der letzten zwei Jahre, darunter die Anschläge in Halle und Hanau. Die Analyse „Rechtsterroristische Online-Subkulturen“ gibt einen Überblick über die Funktionsweise dieser rechtsterroristischen Onlinewelten und zeigt auf, wie die demokratische Gesellschaft ihnen entgegenzutreten kann. Denn besonders erschreckend ist das junge Alter vieler

Akteure. Über niedrigschwellige Einstiegsangebote wie Memes oder Gaming-Communities kommen Jugendliche in Kontakt mit rechtsterroristischen Netzwerken. Da Veränderungen im (Online-)Verhalten am meisten im nahen Umfeld der Jugendlichen auffallen, möchte die Amadeu Antonio Stiftung mit ihrer Publikation dabei unterstützen, rechtsterroristische Tendenzen im eigenen Umfeld zu erkennen und pädagogisch zu intervenieren.



ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift _____ €
 ■ monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich ■ einmalig

Ich bin einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Bei nicht gegebener Kontodeckung besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

| | |
|---------------|---------------|
| IBAN | Name, Vorname |
| BIC | Straße, Nr. |
| Name der Bank | PLZ, Ort |
| Datum | Telefon |
| Unterschrift | E-Mail |

Bitte ausschneiden und einsenden an: Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin
 ■ Ich möchte den monatlichen E-Mail Newsletter erhalten



Corona ist keine Einbildung – Rassismus und Antisemitismus auch nicht.

Fördern Sie Projekte, die Betroffene unterstützen, Corona-Mythen entswören und Rechtsextremismus bekämpfen!

Spendenkonto: Amadeu Antonio Stiftung
 IBAN: DE 32 4306 0967 6005 0000 00 / BIC: GENODEM1GLS / GLS Bank

